

Entwicklungspolitische Konferenz Sachsen-Anhalt

„Weltbaustellen! Abbruch, Sanierung oder Neubau mit Hilfe der SDGs“

31.05.2017
Umweltbundesamt Dessau-Roßlau

Dokumentation



Eine Kooperationsveranstaltung von:

Einführung

Das EINE WELT Netzwerk Sachsen-Anhalt e.V. (ENSA) vertritt die entwicklungspolitischen Interessen seiner Mitglieder vor Politik und Verwaltung des Landes. Vor dem Hintergrund der weltweiten Entwicklungen und internationalen Beschlüsse, der notwendigen Transformation im Sinne der nachhaltigen Entwicklung sowie der Tatsache der überholten Leitlinien Entwicklungspolitik von 2000 hat das ENSA zur Konferenz „Weltbaustellen! – Abriss, Sanierung oder Neubau mit Hilfe der SDG“ eingeladen.

Die Eine Welt Netzwerke aller Bundesländer setzen sich für nachhaltige Entwicklung und weltweit mehr soziale Gerechtigkeit ein. Sie haben sich in der Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt Landesnetzwerke in Deutschland e.V. (agl) zusammengeschlossen. Die agl sowie die Stiftung Nord-Süd-Brücken sind die TrägerInnen des bundesweiten Eine Welt – PromotorInnen Programmes.

Die entwicklungspolitische Konferenz ist eine Bundeskonferenz, die das ENSA gemeinsam mit den ProgrammträgerInnen für VertreterInnen aus Politik, Verwaltung, Bildung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft sowie die bundesweit arbeitenden Eine Welt-PromotorInnen geplant und durchgeführt hat.

Eine Gesamtdokumentation der Konferenz wurde von der agl erstellt.

Die hier vorliegende Dokumentation bezieht sich nur auf die Sachsen-Anhalt betreffenden Inhalte, die Einführung, die auf die entwicklungspolitische Inlandsarbeit Sachsens-Anhalts bezogenen Workshops und die abschließende Podiumsdiskussion.

Christiane Christoph

Gesamtkoordination EINE WELT Netzwerk Sachsen-Anhalt e.V

Tagungs-Programm

- 12:30 – 13:00 **Eröffnung und Begrüßung**
- 13:00 – 14:00 **Einführung „Die Chancen der Agenda 2030“**
- Dr. Friederike Habermann
- Detlev Groß
- 14:30 – 16:30 **Workshopphase**
Workshop 1:
Müll, Recycling, Neukauf - Was sollten die „neuen“ Inhalte der Leitlinien in Sachsen-Anhalt sein?
Workshop 2:
Neue Baustelle SDG! Fortentwicklung der entwicklungspolitischen Leitlinien in Sachsen-Anhalt
Workshop 3:
Ein Anschluss – Viele Nummern! Entwicklungspolitik als Querschnittsaufgabe
- 17:00 – 18:30 **Podiumsdiskussion**
Viele Nummern – Ein Anschluss!
Entwicklungspolitische Leitlinien in Sachsen-Anhalt – Wie weiter?

Konferenz „Weltbaustellen! Abriss, Sanierung oder Neubau mit Hilfe der SDG“

Zur entwicklungspolitischen Konferenz am 31.05.2017 eingeladen hatten das EINE WELT Netzwerk Sachsen-Sachsen e.V. gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt Landesnetzwerke in Deutschland e.V. und der Stiftung Nord-Süd-Brücken. Die Veranstaltung stellte ein Pilotprojekt dar, das eine Landeskonferenz und die BundespromotorInnenkonferenz miteinander verband. Es waren 174 Eine Welt-PromotorInnen sowie 54 TeilnehmerInnen aus Sachsen-Anhalt anwesend. Die gemeinsamen Veranstaltungsteile moderierte Ralph Griese.

Eröffnung und Begrüßung

Stefan Giese-Rehm – Vorstandsvorsitzender ENSA e.V.

Der Vorsitzende des ENSA-Vorstandes begrüßt im Namen aller VeranstalterInnen die TeilnehmerInnen.

Mit der Verabschiedung der SDG ist eine neue Grundlage geschaffen worden, die ganze Welt als EINE Welt zu betrachten und aus dieser Perspektive auf die verschiedenen Themen wie Hunger, Armut, Gerechtigkeit, Gesundheit, Klima, Gleichberechtigung, Verschmutzung der Meere etc. einzugehen. Der Umgang mit diesen Themen ist in Sachsen-Anhalt ebenso wie in Bangladesch oder dem Kongo von Bedeutung, so Stefan Giese-Rehm. Nachdem Bundeskanzlerin Angela Merkel beim G20-Gipfel in Hamburg explizit auf die SDG als Grundlage für die zukünftige Entwicklung hingewiesen hat, sollte die Aufgabe auf allen Ebenen von Politik und Verwaltung angekommen sein.

Das Thema der Landeskonferenz sind die entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes Sachsen-Anhalt und deren Weiterentwicklung.

Die Konferenz wird ergänzt durch die Ausstellung des ENSA „EINE WELT 2030 – Engagement in Sachsen-Anhalt“ die erstmalig gezeigt wird.

Grußworte und Dank von Dr. Reiner Haseloff – Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt

Der Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt, Dr. Reiner Haseloff, schließt mit seinen Grußworten an. Er betont, dass die Politik, die Exekutive, aber auch die Legislative im Rahmen der Umsetzung der SDG einzubeziehen ist. Die Nachhaltigkeitsstrategie von 2011 ebenso wie die Leitlinien zur entwicklungspolitik Sachsen-Anhalt von 2000 müssen überarbeitet werden.

Leider sei ein Konsens zwischen den Industrieländern nicht mehr vorhanden, wie durch den kürzlich gehaltenen G8-Gipfel ersichtlich wurde. Jedoch bleibt zu hoffen, dass in der Politik von Nord und Süd keine weiteren Divergenzen entstehen.

Um das weitere Vorgehen auf Landes- und Bundesebene vorzubereiten, ist die Zusammenarbeit der und mit den Nichtregierungsorganisationen wichtig, um globale sowie lokale Effekte zu erzielen. Der Ministerpräsident endete mit den Anmerkungen zu Energiegewinnung durch Wind, Sonne und Braunkohle. Alle drei sind verbreitet in Sachsen-Anhalt. Die Umstellung auf mehr erneuerbare Energien weg von der Braunkohle benötige aber ebenso Ressourcen. „Nachhaltigkeit heißt auch, dass notwendige menschliche Eingriffe in die Natur nicht unbedingt zu negativen Auswirkungen führen müssen.“

Begrüßung durch Dr. Holzmann – Vizepräsident des Umweltbundesamtes

Der Reigen der Grußworte beendete Dr. Holzmann, der Gastgeber und Vizepräsident des Umweltbundesamtes. Seit der Rio-Konferenz 1992 gab es viele Misserfolge und Enttäuschungen, aber auch viele Hoffnungen und Handlungen im Sinne von Biodiversität z.B. die UN-Klimakonferenz in Paris oder die Agenda 2030. Nachhaltigkeit, die große Transformation und Dekarbonisierung stehen heute auf der Tagesordnung. Dennoch besteht ein großes Problem, denn Themen, die Bürgern in Sachsen-Anhalt wichtig sind, umfassen selten auch Nachhaltigkeit und Umweltschutz.

Eine neue Umweltbewusstseinsstudie hat ergeben, dass Migration und Integration von großer Bedeutung sind. Umweltbewusstsein ist zwar vorhanden. Aber der Weg vom Bewusstsein zum Handeln ist für Viele noch weit.

Laut Projektionsbericht der Bundesregierung werden die Klimaschutzziele in Deutschland bis 2020 wahrscheinlich ebenso wie auch die Ziele bis 2030 verfehlen.

„Die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit ist sehr groß. In der Politik und Wirtschaft sowie bei den Privatpersonen besteht großer Handlungsbedarf... Viel Erfolg dafür!“ beendet Dr. Holzmann seine Rede.

Einführung - Die Chancen der Agenda 2030 – Was ist zu tun?

Die Konferenz begann mit zwei Impulsreferaten zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele der UN seit 1992 durch die freie Journalistin und Autorin, Dr. Friederike Habermann. Detlev Groß vom Ministerium der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg referierte aus Sicht der Umsetzungsebene der Landesverwaltung über die Begleitung des gesellschaftlichen Wandels.

Die Inhalte der Referate sind hier in gekürzter Form wiedergegeben.

Referentin: Dr. Friederike Habermann – Journalistin und Autorin

Frau Dr. Habermann beginnt ihre Ausführungen mit einer Einführung in die SDG. Sie werden als Nachfolger der Millennium Development Goals (MDG) verstanden und sind das Ergebnis des UN-Prozesses zu nachhaltiger Entwicklung und Global Governance, der mit dem Brundtland-Report begann und maßgeblich durch die Konferenzen in Rio de Janeiro 1992 und Johannesburg 2002 geprägt wurde. Die Neufassung der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie vom Herbst 2016 leitet sich aus diesem Prozess, insbesondere aber aus den SDG ab. Für Habermann ist die maßgebliche Frage, an der sich Erfolg oder Misserfolg der SDG entscheiden wird, ob wirklich die ganze Welt als Partner am Runden Tisch der Global Governance vertreten ist.

Inhaltlich gibt es viel Lob für die SDG, da sie erstmals die gemeinsame Verantwortung der Weltgemeinschaft für Nachhaltigkeit betonen, statt lediglich den Globalen Süden in die Pflicht zu nehmen. Die in den Zielen geforderte Zusammenarbeit von Regierungen mit der Zivilgesellschaft wird als vielversprechender Ansatz gesehen, um die Welt gerechter zu gestalten. Auch für die Lösung des Ressourcenproblems gibt es mit dem Aufkommen der Green Economy vielversprechende Ansätze.

Nichtsdestotrotz bleiben Wirtschaftsinteressen bestehen und erhalten nur wenig Kritik in den SDG. Gleichzeitig wird die Ambitioniertheit und Radikalität der Ziele kritisiert. Außerdem verfolgen sie zu oft den Ansatz „Viel hilft viel“, statt die eigentlichen Ursachen von Problemen zu bekämpfen und übersehen dabei Zielkonflikte, beispielsweise zwischen Umweltschutz und Wirtschaftswachstum. Letzteres ist ohne einen Anstieg des Energieverbrauchs kaum denkbar, was wiederum das Ziel des Umweltschutzes in Zweifel zieht, da der Ausbau erneuerbarer

Energien den Flächenverbrauch v.a. im Globalen Süden vorantreibt. In diesem Kontext verweist Habermann auf das Problem der *Scarcity Generating Institutions*, welches die Erfolge bei der Umsetzung der MGD und neuerdings SDG in Zusammenhang mit einer zunehmenden Verknappung von Ressourcen und daraus folgender Verelendung bringt. Ein weiteres Problem von Eine-Welt-Arbeit, Global Governance und SDG besteht laut Habermann in einem *Care-Extractivism* (aufbauend auf ein Konzept von Christa Wichterich). Sie erhebt den Vorwurf, es würden nur die augenfälligsten Probleme behandelt, statt das „Große Ganze“ zu betrachten. „Ohne eine Änderung der wirtschaftlichen Lage“, so Habermann, „ist auch das Pariser Klimaabkommen nicht tragbar.“

Um die Umsetzung der SDG zu gewährleisten, müssen, so Habermann, Menschen aktiv als Bürger bzw. organisierte Zivilgesellschaft in den Umsetzungsprozess einbezogen, statt lediglich als passive Konsumenten behandelt zu werden. Weiterhin ist eine Konzentration der einzelnen Staaten auf die Umsetzung in ihrem jeweiligen Territorium essenziell, die durch neue Formen von Partnerschaften – sowohl zwischenstaatlich als auch zwischen Staat, Zivilgesellschaft und Wirtschaft – getragen wird. Habermann ist überzeugt, dass auch die ambitioniertesten Ziele erreicht werden können, wenn nur der politische Wille zur Umsetzung vorhanden ist. Deshalb sei es besonders wichtig, die Bedürfnisse der Menschen zu berücksichtigen und die SDG in diesem Zusammenhang als Chance zur globalen Umgestaltung zu interpretieren. Zu guter Letzt fordert Habermann die Findung einer konsensualen Definition von Nachhaltigkeit, um den Schillernden Begriff mit Bedeutung und Leben zu füllen.

Entwicklungspolitische Leitlinien und Agenda 2030 – so begleitet und befördert Verwaltung gesellschaftlichen Wandel

Detlev Groß – Ministerium der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz, Land Brandenburg

Die deutschen Länder stellen sich mit Ihren Verwaltungen der Notwendigkeit zur Erarbeitung von Entwicklungspolitischen Leitlinien und / oder Nachhaltigkeitsstrategien. Diese existieren inzwischen in allen Bundesländern mit Nuancen, in unterschiedlicher Ausprägung zum Beispiel

- in der (Selbst-) Verpflichtung und des Monitoring in Anbindung an Staatskanzleien oder Fachministerien,
- als Landes- oder Landesregierungsstrategie,
- in der Bezugnahme auf die AGENDA 2030 (je nach Datum der Verabschiedung),
- in der Bedeutung und Anwendung von Beteiligungsformaten,
- in der Themengewichtung bzw. Handlungsschwerpunkten wie Bildung, Wirtschaft, Klima, Energie, Partnerschaften oder sehr konkret in der fairen Beschaffung.

Die Länder und ihre Verwaltungen müssen und können sich mit der Nachhaltigen Entwicklung auseinandersetzen, weil sie die Bundesrepublik begründen und nicht umgekehrt.

Deswegen setzt ihre Pflicht zur Politikgestaltung auch bei ihnen selbst an:

- Sie besitzen Handlungsfähigkeit und- möglichkeit als Staaten mit eigener Verfassung.
- Sie sind mit den Kommunen dezentral aufgestellt und damit auch nah an regionalen Nichtregierungsorganisationen, Verbänden, Kirchengemeinden, Initiativen, etc. dran.
- Sie bieten mit den Kommunen mehr Partizipationsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger als der Bund.
- Sie setzen den originären Bildungsauftrag des Grundgesetzes um.

- Sie haben das „Humankapital“ direkt wohnhaft vor Ort.

Daraus leitet sich eine politische Verpflichtung ab, als „Inkubatoren“ gesellschaftlicher Akzeptanz und bei der Durchsetzung der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen auch Vorbild zu sein. Im Prinzip sagt das auch der Beschluss des Bundesrates vom Mai 2017 zur Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, der eine klare Positionierung zur Umsetzung auch in der Erarbeitung von entsprechenden Indikatoren enthält. Darüber hinaus wird die Kommunikationsarbeit als gemeinsame Herausforderung von Bund und den Ländern gesehen. Leider wird noch zu wenig übergreifend gedacht, informiert, erklärt, gestritten und letztendlich – insbesondere in Bezug auf Bürgerinnen und Bürger- überzeugt.

Ansätze für eine qualitativ neue Kommunikationsarbeit

Mit der Angabe des Arbeitsbereiches „Entwicklungspolitik“ in einer Landesverwaltung kann man sich verlässlich auf mindestens eine Rückfrage einstellen: Was hat denn ein Bundesland mit Entwicklungspolitik zu tun?

Tatsächlich engagieren sich die Deutschen Länder seit gut 60 Jahren in der Entwicklungspolitik mit durchaus vorzeigbaren Erfolgen. Aber ihr vielfältiges Engagement blieb in der Öffentlichkeit nahezu unbekannt. Es hat an Initiativen zur öffentlichen Darstellung zwar nicht gemangelt, aber erst 2013 entschlossen sich die Länder zu einer gemeinsamen Homepage. Die Site wurde vom World University Service - Deutsches Komitee e. V. (WUS) im Auftrag der sechzehn Deutschen Länder erstellt und wird auch von WUS weiterhin redaktionell betreut. Das Themenspektrum ist breit gefächert und anspruchsvoll. Es reicht von der ersten vollständigen Dokumentation entwicklungspolitischer Leitlinien mit entwicklungspolitischer Bildungsarbeit über Informationen zu fairem Handel, öffentlicher Beschaffung, wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Zusammenarbeit und gemeinsamen Aktivitäten.

Die Site war Teil eines Neustartes in der Kommunikationsarbeit zur Entwicklungspolitik der Länder. Ein weitergehender war die aktive Teilnahme mit zahlreichen Initiativen und Veranstaltungen im Rahmen des EU-Entwicklungsjahres 2015 zusammen mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), den EU-Institutionen und vielen Nichtregierungsorganisationen. Das Themenjahr der EU- auf Initiative der Zivilgesellschaft- hat zwar die Welt (leider) nicht geändert, aber das interdisziplinäre Bewusstsein für zusammenhängende Regelkreise bei Klima, Migration, Krieg, internationale Finanz- und Wirtschaftspolitik, Migration, Landkauf, etc. der unterschiedlichen Gremien und Akteure verändert. In Deutschland wurde zum Beispiel den bisher eher europapolitisch Engagierten der Blick in Richtung Entwicklungspolitik geschärft. Umgekehrt wurden die Aktivitäten der entwicklungspolitischen Szene tatsächlich wahr- und ernstgenommen. In zwei bundesweiten Steuerungsgruppen wurden unter Vorsitz des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zum EU-Entwicklungsjahr und dem parallelen Prozess der Erarbeitung einer „Zukunftscharta“ die bundesweit tätigen staatlichen (darunter auch die Bundesländer) und nichtstaatlichen Akteure beteiligt und damit die unterschiedlichen „Wahrnehmungswelten“ zusammengeführt. Der dazu wiederum auf internationaler Ebene stattfindende Prozess zur UN-Nachhaltigkeitsagenda und deren Verabschiedung hat im Zusammenklang mit dem öffentlich erfolgreich publizierten Klimagipfel von Paris scheint das vorher eingeübte „Nischendenken“ der unterschiedlichen Protagonisten endgültig beseitigt zu haben. Dazu gehört auch, dass Entwicklungspolitik nicht mehr automatisch mit Entwicklungszusammenarbeit oder Entwicklungshilfe allein verbunden bleibt, sondern im Gegenteil eine zentrale Aufgabe moderner Entwicklungspolitik das eigene Verhalten in der Heimatregion, also vor Ort im Alltagsleben, zunehmend gewertet wird.

Die verstärkte Zusammenarbeit der verschiedenen staatlichen und nichtstaatlichen Ebenen hat die unterschiedlichen Interessen und politischen Positionen natürlich nicht verwischt. Es gibt eben keine einfachen Antworten auf die komplexen Fragen der Nachhaltigen Entwicklung oder

Entwicklungspolitik. Deswegen sind demokratisch verfasste Gesellschaften weniger auf Konsens-, als vielmehr auf Diskurs- und Streitkultur angewiesen. Es gibt Rede- und Regelungsbedarf auch zwischen Wahlterminen nicht nur über die Parlamente. Die von ihnen gewählten Regierungen und Verwaltungen müssen vielmehr als bisher das Know How der Zivilgesellschaft und die in ihr organisierten Verbände / Vereine einbeziehen. Die Unkultur der Hochglanzbroschüren – umweltpolitisch zu jeder Zeit schon ein Frevel- scheint zwar noch nicht beendet, aber in den letzten Jahren werden immer mehr Dialog-Angebote an Bürgerinnen und Bürger / Vereine und Initiativen gemacht. Damit wurde die einseitige Öffentlichkeitsarbeit des Staates durch echte Kommunikation ergänzt und bereichert.

Die Regelungskompetenz der Deutschen Länder erscheint für diesen breiten Ansatz von Kommunikation als „gepflegte Streitkultur“ geradezu prädestiniert. Und diese muss von den jeweiligen Verwaltungen unterstützt, vorbereitet und begleitet werden! Die Aufgabe der Länder und ihrer Verwaltungen in der gemeinsamen Arbeit zur Herausbildung eines gesellschaftlichen Bewusstseins zu den Themen der Nachhaltigen Entwicklung ist anspruchsvoll und schwierig. Obwohl alte Gräben zwischen den Akteuren des Globalen Lernens und der Bildung für nachhaltige Entwicklung noch nicht ganz überwunden werden konnten, gehen die Kultusministerkonferenz (KMK) und das BMZ im Kernbereich der Länderzuständigkeit seit einigen Jahren mit dem „Orientierungsrahmen Globales Lernen“ die Modernisierung der Schulbildung zusammen und grundständig an. Der mehrjährige Prozess wurde in 2016 mit Vorlage einer Neufassung verstetigt und qualitativ weiterentwickelt. Im März 2017 hat die KMK eine Zwischenbilanz „zur Situation und zu den Perspektiven der Bildung für nachhaltige Entwicklung“ vorgelegt. Es ergibt sich- wie zu erwarten- ein heterogenes Bild in den verschiedenen untersuchten Bereichen. Bei aller Unterschiedlichkeit ist allen Beteiligten aber gemeinsam der Wille zur Umsetzung des UNESCO- Weltaktionsprogramms Bildung für nachhaltige Entwicklung 2015- 2019 in Untersetzung der UN- Nachhaltigkeitsziele. Vielversprechend erscheint ein weiteres Projekt des BMZ mit jedem Bundesland: das Promotorenprogramm. Es wird zusammen mit der Zivilgesellschaft mit finanzieller Unterstützung der jeweiligen Bundesländer umgesetzt

Die bisherige Bilanz erscheint aus meiner Sicht durchaus positiv. Das Programm entwickelt sich zu einem wesentlichen Beitrag zur Internationalisierung der Regionalpolitik und Regionalisierung der internationalen Politik.

Länder und Kommunen

Die Leistungs- und Überlebensfähigkeit Deutschlands hängt entscheidend von der Zukunftsfähigkeit der Deutschen Länder und Kommunen ab. Hier wird sich beweisen müssen, ob die Menschen in Deutschland tatsächlich in der globalisierten Welt schon angekommen sind. Die Regionalpolitik und ihre Verwaltungen dürfen sich nicht kleinreden und wegducken nach dem Motto „was haben wir mit internationaler Politik zu tun?“

Für Länder und Kommunen ist das Prinzip der Globalisierung natürlich keine neue Erfahrung. Zusammen leben sie davon, ihren Standort z. Bsp. durch kommunale bzw. regionale Wirtschaftsfördergesellschaften entsprechend überregional und international zu positionieren und zu vermarkten. Dabei wird das EU-Regelwerk mit Strukturgeldern und Förderprogrammen von den Verwaltungen ganz selbstverständlich in Anspruch genommen.

Darüber hinaus sind Länder,- Städte- und Kommunalpartnerschaften feste Größen in der Zusammenarbeit mit ausländischen Partnern. In den Grenzregionen Deutschlands kommen spezielle Formen der kommunalen grenzüberschreitenden Kooperation hinzu, die sogenannten Euroregionen.

Im Rahmen von bilateralen Partnerschaftsabkommen werden der Informations- und Erfahrungsaustausch auf Politik- und Verwaltungsebene, Weiterbildungsangebote, Messesförderung, Delegations- und Unternehmerreisen, etc.. gepflegt. Die Partnerschaften

Deutsche Länder mit Städten, Regionen oder Ländern des Globalen Südens sind inhaltlich unterschiedlich ausgestaltet. Sie können im optimalen Fall nicht nur wirtschaftliches Potential, sondern auch gegenseitiges gesellschaftliches Engagement für die Fragen der Entwicklungspolitik und Nachhaltigen Entwicklung generieren. Dann können - über wirtschaftliche Zusammenarbeit - Deutsche Länder mit ihren Verwaltungen einen weiteren Beitrag zur Entwicklungspolitik und Nachhaltigen Entwicklung leisten.

Gelingt dieses nicht, wird „Standortmarketing“ auf Dauer auch andere Effekte haben, nämlich die Ausstrahlung der EU und insbesondere Deutschlands als „Sehnsuchtsort und Lebensperspektive“ für Menschen aus anderen Regionen dieser Welt. Mangels Möglichkeiten hierzulande und falscher Einschätzungen und Erwartungen auf der Seite der Zuwanderer sind Probleme absehbar. Schließlich kennen sich beide Seiten lediglich über das Fernsehen bzw. Internet und „Fernsehbilder“ können auch „Trugbilder“ sein, die Zusammenwachsen und Integration erschweren; das wissen die Deutschen nur zu genau aus dem deutschen Einigungsprozess.

An der gegenwärtigen Flüchtlingssituation können die Deutschen Länder nichts ändern. Aber sie können und müssen mithelfen, die Fluchtursachen zu bekämpfen.

Darüber hinaus werden Länder und Kommunen weiterhin starke Anstrengungen in der Aufnahme und Integration von Geflüchteten unternehmen müssen.

Die Hauptarbeit liegt ganz klar bei in den Städten und Kommunen. Deutschland hat sich in den letzten Jahren durch die nunmehr regional spürbaren Ergebnisse von Flucht und Vertreibung verändert. Die öffentlichen Behörden haben eine schwere Zeit hinter sich und - machen wir uns trotz gegenwärtiger „Entspannung“ innerhalb Deutschlands nichts vor! - auch noch vor sich. Das sprichwörtliche deutsche Regelwerk wurde stark beansprucht und zeitweise überlastet. Deutschland hat sich aber insbesondere verändert durch die vielen tausend ehrenamtlichen Initiativen, die Freiwilligen in Ländern, Städten und Gemeinden bei Unterbringung, Versorgung und erleichtertem Einleben der Menschen. Die deutsche Gesellschaft hat davon bereits profitiert! Und genau hier schließt sich der Kreis wieder zur Kommunikation.

Hier können und müssen die Länder, Landkreise, Städte und Kommunen mit ihren Erfahrungen zukünftig eine größere Rolle spielen, damit in den Schulen und bei den Bürgerinnen und Bürgern mehr Wissen - über die aktuellen Fragen der Geflüchteten hinaus- über Fluchtursachen und internationale Politiken vorhanden ist.

Was ist zu tun?

Die Deutschen Länder und ihre Verwaltungen werden sich zukünftig noch mehr entwicklungspolitisch und bei den Themen der Nachhaltigen Entwicklung engagieren, weil

- sie die nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen zwingend umsetzen müssen,
- sie Testfeld für partizipative Demokratie sind,
- sie Akteure, Gestalter und positiver wie negativer Resonanzraum internationaler Politik sind,
- sie das außenpolitisch notwendige Know How des (Bundes-) Staates durch Einbindung weiterer Akteure mit ihren länderspezifischen Möglichkeiten erweitern können.
- sie in der Lage sind, die Themen der internationalen Politik mit konkreten Bezügen zur Regionalpolitik zu umsetzen und damit den Bürgerinnen und Bürgern Abhängigkeiten und Gestaltungsmöglichkeiten alltagstauglich zu erklären.

Sind die Verwaltungen darauf ausreichend vorbereitet?

Kann Verwaltung das know how vieler und unterschiedlicher Akteure produktiv einbeziehen? Sind die „Kommunikatoren“ der Verwaltung in der Lage, vorbildlich zu vernetzen? Gibt es diese überhaupt? Stellen wir für diese Zukunftsaufgabe heute die richtigen Personen ein?

Mit Sicherheit noch nicht ausreichend.....

Detlev Groß ist gegenwärtig Mitarbeiter in der Landesverwaltung Brandenburg zum Thema Entwicklungspolitik, Nachhaltige Entwicklung und europapolitische Kommunikation. Zuvor hat er in den Bereichen Transatlantische Beziehungen, Politiken der Europäischen Union und bilaterale Zusammenarbeit mit den baltischen Staaten, zuvor Mitarbeiter eines Bundestagsabgeordneten und als Referent im Auswärtigen Amt.

Die Inhalte des Beitrages geben die persönliche Auffassung des Autors wider.

Anschließende Diskussionspunkte und Anmerkungen

Festgehalten werden hier die wichtigsten Ergebnisse:

Für das zukünftige Vorgehen, im Umgang mit Flucht und Migration ist auf die Bedürfnisse der Betroffenen zu achten. Beispielsweise wurde vor einer Fokussierung auf ein Grundauskommen gewarnt. Eine monetäre Verengung ist gefährlich, da es um den Aufbau einer sozialen Infrastruktur geht. Im Land Brandenburg gäbe es bereits einen Ansatzpunkt im Bereich Flucht und Migration, jedoch läge die Ursachenbekämpfung in den einzelnen Ländern noch im Blickfeld. Nicht zuletzt gehören zur Arbeit gegen Rassismus, wie in Dessau auch, Nachhaltigkeit und Entwicklungspolitische Bildungsarbeit, die beide in der antirassistischen Arbeit verankert werden müssen.

Die Kommunikation zu den SDG müsse in der Verwaltung beginnen und von dort zu den BürgerInnen getragen werden.

Weiterhin wurde festgestellt, dass ein Abbau von Subventionen notwendig sei, dessen Umfang aber nicht in den SDG ausgeführt sei.

Dokumentation der Sachsen-Anhalt betreffenden Workshops

Die folgende Dokumentation spiegelt die Diskussion in den Workshops wieder, welche nicht notwendiger Weise der Position des Eine Welt Netzwerks Sachsen-Anhalt entspricht.

Workshop 1 – „Müll, Recycling, Neukauf – Was sollen „neue“ Inhalte der Leitlinien in Sachsen-Anhalt sein?“

Moderation: Dr. Hans-Joachim Döring (EKM), Axel Schneider (Ikj)

Protokoll: Ashley Klein

TeilnehmerInnen:

Ulrike Eichstädt (Friedenskreis Halle e.V.); Gabriele Wronna (Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung Sachsen-Anhalt), Matthias Matzke, Kristin Böhlein (sneep Halle e.V.), Christina Deike (sneep Halle e.V.), Manja Lorenz (AGSA), Dr. Hartwig Haase (Uni Magdeburg), Axel Schneider (Ikj), Dr. Hans-Joachim Döring (EKM), Holger Mühlbach (LISA), Stefan Giese-Rehm (ENSA e.V.)

Leitfragen:

Wo besteht Einigkeit der TeilnehmerInnen darüber, welche Inhalte in den Leitlinien verortet werden sollen?

In welchen Bereichen ist man sich nicht darüber einig?

Ablauf:

Nach einer Vorstellungsrunde der TeilnehmerInnen stößt Arne Lietz (MdEP), kurz dazu. Er betont, dass die SDG noch zu wenig in der Politik thematisiert werden und ihnen mehr Aufmerksamkeit zugewandt werden muss.

Einleitend wurde nun dargestellt, dass im Vorfeld der Arbeitsphase die Rolle der entwicklungspolitischen Leitlinien und die Einbindung der Nachhaltigkeitsstrategie in Sachsen-Anhalt sowie der Entwicklungspolitik zu klären sei. Insbesondere der Begriff „Entwicklungspolitik“ muss definiert werden.

Es wird vorerst auf die Übersicht der entwicklungspolitischen Leitlinien der einzelnen deutschen Bundesländer, in der auch Sachsen-Anhalt vertreten ist, verwiesen. Formal sieht es so aus, dass Sachsen-Anhalt gut aufgestellt ist. Die Leitlinien wurden 2000 erarbeitet und waren für diese Zeit sehr fortschrittlich formuliert. 2013 sahen einige PolitikerInnen auf Anfragen keinen Handlungsbedarf zur Überarbeitung, da sie weiterhin anwendbar befunden wurden.

Nach 17 Jahren besteht nun dringend die Notwendigkeit der Überarbeitung, insbesondere vor dem Hintergrund der Einbeziehung der SDG. Resümiert und festgestellt wird weiterhin, dass die Leitlinien Entwicklungspolitik von 2000 keine nennenswerten Auswirkungen in Sachsen-Anhalt hatten und kaum Impulse gesetzt wurden.

Es folgen der Austausch und eine Sammlung von Inhalten, die in die Leitlinien aufgenommen werden sollten.

Für die weitere Arbeit an den Leitlinien werden die einzelnen Punkte den folgenden übergeordneten Themenbereichen zugeordnet: Präambel, Ernährung und Landwirtschaft; Zivilgesellschaft und Partizipation; Bildung; Öko-faire Beschaffung; Nachhaltiges Wirtschaftswachstum und Kritik:

Präambel:

In der Einführung soll die Rolle der Leitlinien beschrieben werden. Ebenso soll die Bedeutung der Zivilgesellschaft definiert sein. Die Nachhaltigkeitsstrategie Sachsen-Anhalt soll im Prozess der Weiterentwicklung der Leitlinien mitgedacht werden, ebenso wie der Begriff Entwicklungspolitik in Frage gestellt und gegebenenfalls neu definiert werden soll. Fragen wie: Was ist nachhaltige Entwicklung in Sachsen-Anhalt? Sowie die Themen Werte, Haltung, Menschen- und Gesellschaftsbild sollen thematisiert werden. Das Weltaktionsprogramm, die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie und Landesprogramme Sachsen-Anhalt sollen einbezogen werden. Das Land soll seine Vorbildfunktion für Kommunen verdeutlichen.

Ernährung und Landwirtschaft:

Ökologischer Landbau und Tierwohl versus Bodendegradierung (z.B. Nitrat, Chemie) sollen geprüft und entwickelt werden. Landwirtschaft soll nachhaltig umgestaltet werden.

Zivilgesellschaft und Partizipation:

In Entwicklung und Umsetzung der Leitlinien muss die Zivilgesellschaft eingebunden werden. Die Bildungsarbeit zu SDG muss gestärkt werden. In Sinne und mit dem Ziel der Umsetzung der SDG muss ein konstruktives Zusammenspiel von zivilgesellschaftlichen AkteurInnen, Politik, Verwaltung, BürgerInnen, Schulen, Universitäten und Wirtschaft geschaffen werden. Dazu muss die Förderung von NGOs verstärkt werden. Maxime der Arbeit ist es, sozialen Zusammenhalt zu schaffen, Vertrauen zu gewinnen sowie Ungleichheiten im Land zu thematisieren.

Bildung:

Nachhaltigkeit muss in die Curricula der Hochschulen integriert werden. Globales Lernen muss es in Ausbildungsprogrammen hier und in der Einen Welt geben. Möglichkeiten lebenslangen Lernens müssen gefördert werden. Die zivile Konfliktberatung gehört in die Bildungsangebote als integraler Bestandteil hinein.

Öko-faire Beschaffung:

Faire, nachhaltige Beschaffung trägt zu einer gerechteren Welthandelsstruktur bei. Wie im SDG 12 beschrieben, muss in Sachsen-Anhalt Nachhaltiges Beschaffungswesen im öffentlichen Dienst verbindlich angestrebt werden. Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster müssen ebenso gefördert werden wie Soziale Verantwortung in Unternehmen (CSR).

Nachhaltiges Wirtschaftswachstum und Kritik:

Aktuelle Wirtschaftsformen sollen erprobt werden. Zum Schutz von Klima und Ökosystemen sollen alle Menschen Zugang zu erneuerbarer Energie haben. Armut im Land soll beendet werden. Das angestrebte Wirtschaftswachstum muss in Frage gestellt werden. Es geht nicht nur um Effizienz, sondern um Suffizienz. Kommunen müssen im Sinne der Nachhaltigkeit entwickelt werden. Abfallvermeidung und langlebige Wirtschaftsgüter sind dafür Beispiele.

Workshop 2 – „Neue Baustelle SDG - Fortentwicklung der entwicklungspolitischen Leitlinien in Sachsen-Anhalt“

Moderation: Agnes Sander (Friedenskreis Halle e.V.), Detlef Groß (Land Brandenburg)

Protokoll: Lisa Zander (ENSA)

TeilnehmerInnen:

Uwe Prüfer (VENROB), Ingo Knochenhauer (Land Sachsen-Anhalt), Frank Ernst (Netzwerk Zukunft), Claudia Fricke (Steuerungsgruppe FTT Magdeburg), Lena Husemann (LKJ), Lars Juister (Mitarbeiter Arne Lietz), Franka Kretschmar (Ingenieure ohne Grenzen), Harald Zauter (Ingenieure ohne Grenzen), Lioba Wolf (freie Bildungsreferentin), Katharina Hemming (Nangadef e.V.), Sabine Witt (Engagement Global, Außenstelle Leipzig), Julian Cordes (VEN), Christof Starke (Friedenskreis Halle e.V.)

Leitfrage

Wie ist von Seiten des Landes die Beteiligung der Zivilgesellschaft und weiteren AkteurInnen angedacht?

Ablauf:

Die Gruppe ist sich darin einig, dass der Beschluss zur Weiterentwicklung der Leitlinien dringend notwendig ist. Sowohl die Landesregierung als auch die Parlamentarier des Landtages sollen dazu angesprochen werden. Weitere und neue KooperationspartnerInnen und UnterstützerInnen aus verschiedenen Institutionen sind dabei hilfreich.

Bei der Ansprache der PolitikerInnen und Landesregierung sollen die SDGs genutzt werden. Dabei sollen die wichtigsten Ziele herausgegriffen und auf die Landesebene heruntergebrochen werden. Materialien anderer Institutionen (Global Policy Forum, etc.) können hilfreich sein. Besonders soll auf interministerielle Überschneidungen hingewiesen und der Arbeitskreis Internationale Zusammenarbeit angesprochen werden.

Anhand folgender Punkte wird die Rolle der Zivilgesellschaft in Bezug auf die Leitlinien zur Entwicklungspolitik definiert.

Die Zivilgesellschaft muss breit aufgestellt sein, sich organisieren und nach innen kommunizieren. Sie muss PartnerInnen z.B. aus Wissenschaft, Forschung, Wirtschaft, Agenda 21 mit einbeziehen. Außerdem soll sie weiteres bürgerschaftliches Engagement mit einbeziehen und einen globalen Blick öffnen. Die Zivilgesellschaft muss gegenüber der Landesregierung und –verwaltung eine/n AnsprechpartnerIn benennen und die Kommunikation nach außen und innen sicherstellen. Das Parlament und die gewählten VertreterInnen müssen immer wieder angesprochen werden. Darüber hinaus muss die Zivilgesellschaft in politische Prozesse eingebunden werden.

Die Zivilgesellschaft stellt Forderungen, sie protestiert und ist Antreiberin. Sie ist DIE/DER DialogpartnerIn für die Politik und Verwaltung im Prozess. Sie bringt Know-How und Expertise als Input in den Prozess ein, setzt Impulse und thematisiert Handlungsfelder.

Im Ergebnis des Workshops werden zwei Handlungsschritte fixiert:

1. Das Netzwerk Zukunft lädt bis zum 4.Quartal 2017 AkteurInnen aus verschiedenen Bereichen zum Thema Nachhaltigkeit ein.
2. Es sollen aus weiteren Bundesländern wie Brandenburg und Thüringen Erfahrungen zur Einbindung der Zivilgesellschaft eingeholt werden.

Workshop 3

Ein Anschluss – Viele Nummern! Entwicklungspolitik als Querschnittsaufgabe

Moderation: Anne Schicht (ENS e.V.), Christiane Christoph (ENSA e.V.)

Protokoll: Anne-Marie Illes (ENSA e. V.)

TeilnehmerInnen:

Anne Schicht (ENS e.V.), Christiane Christoph (ENSA e.V.), Ralf Griese (DEAB e.V.), Angelika Hunger, Wulf Gallert (Vizepräsident des Landtages von SA), Catrin Gutowsky (Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung des Landes SA), Dorothea Frederking (Mitglied der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Landtag von SA), Thomas Erling (Landeszentrale für politische Bildung SA), Dr. Gerhard Nachtwei (Altpropst der Katholischen Propstei Dessau), Lisa Strohfeld (Studentin Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg), Daniela Merz (Mauritiusshaus Niederndodeleben e.V.), Julius Brinken (Nachhaltigkeitsbüro Otto-von-Guericke Universität Magdeburg), Walther Hättig (Stiftung Nord-Süd-Brücken), Konstantin Müller (Magletan e.V.)

Leitfragen:

Wie wird sichergestellt, dass alle Ressorts Entwicklungs-Politik als Querschnittsaufgabe zusammen bearbeiten?

Welche Maßnahmen werden ergriffen, um die Umsetzung der Leitlinien zur Querschnittsaufgabe zu machen?

Ablauf:

Das Ziel des Workshops war der Austausch zwischen den Verwaltungsbehörden des Landes, der Politik und Zivilgesellschaft zu ihren einzelnen Verantwortungsbereichen und Möglichkeiten der konkreten gemeinsamen Zusammenarbeit im Sinne der neuen Nachhaltigkeitsziele.

Dazu kam auch in diesem Workshop die Notwendigkeit der Überarbeitung des Begriffes Entwicklungspolitik zur Sprache. Die aktuelle Form der Entwicklungspolitik fokussiert nicht mehr nur auf die Länder des globalen Ostens und Südens. Auch in den Industrienationen sind Änderungen notwendig, wenn die Große Transformation gelingen soll. Dahingehend müssen sich die Rahmenbedingungen der Entwicklungspolitik und auch die Bildungsarbeit verändern.

Kontroversitätsprinzip: Institutionen können eine Position verfolgen, aber müssen diese transparent machen, Unabhängigkeit vom Arbeit- oder Fördermittelgeber.

Es stellt sich die Frage, ob die Praxis von Entwicklungspolitik im Sinne einer globalen Transformation in ALLEN Ländern unter Erkenntnisdefizit und Interessensmangel leidet. So zerstören beispielsweise Freihandelsabkommen starke Akteure in den Ländern des Südens. Aber in unserem Bundesland sind stärkere Absatzmärkte für lokale Hersteller nötig. Das wiederum lässt das Abkommen sinnvoll erscheinen.

Politiker wiederum haben ihre Aufgaben, die sie durchführen, wobei notwendiger Weise einige Aspekte vernachlässigt werden. Insbesondere die Verantwortung für globale Gerechtigkeit wird oft zu leichtfertig an die Zivilgesellschaft weitergereicht. An dieser Stelle besteht der Handlungsbedarf durch die Zivilgesellschaft, die Interessen artikulieren muss. Wichtig ist, dass die Zivilgesellschaft autonom sprechen kann und es eine bildungspolitische Neutralität gibt.

Mehr Druck von außen auf Verwaltung und Politik bewirkt vieles, wenn viele Stimmen zusammenkommen, z.B. Umsetzung nachhaltiger öffentlicher Beschaffung, oder Klimaschutz.

Aber Entwicklungspolitik ist heute ganz anders zu verstehen als noch vor 20 Jahren.

Alle Gesellschaftsbereiche müssen sich der Komplexität der SDGs bewusst werden und die Zusammenhänge verstehen lernen. Es gibt viele Überlappungen mit anderen Arbeitsfeldern.

In den Verwaltungen hat eine Entwicklung in Richtung Nachhaltigkeit stattgefunden. Das Interesse an nachhaltiger öffentlicher Beschaffung ist in Ansätzen vorhanden, aber deutlich steigerbar.

Eine Überarbeitung der entwicklungspolitischen Leitlinien und Nachhaltigkeitsstrategie für Sachsen-Anhalt und die Aufnahme der SDGs in diese Leitlinien ist gewünscht.

Als Handlungsansatz wird die Einrichtung eines Runden Tisches für Entwicklungspolitik / Nachhaltigkeit angeregt.

Alle Akteure insbesondere Zivilgesellschaft und Verwaltungen müssen über die entwicklungspolitischen Leitlinien und weitere Strategien im Land informiert sein. Diese müssen als gesamtgesellschaftliche Strategie mit weiteren Programmen zusammengeführt werden.

Nachhaltigkeit wird zu häufig nur als Umweltschutz in den Landesregierungen behandelt und nicht als ökonomische, ökologische und soziale Gesamtheit, wie in den SDG durch die UNO definiert. Hier besteht Bedarf an Weiterbildungen. Die Landesregierung muss sich in den entwicklungspolitischen Leitlinien wiederfinden und bestimmte Themen einbeziehen bzw. für sich herausnehmen.

Vieles kann heute im politischen Diskurs nachhaltig dargestellt werden, z.B. nachhaltige Braunkohle in Sachsen-Anhalt. Ob das denn auch tatsächlich so ist, ist fraglich.

Wulf Gallert bietet an, einen Antrag zur Überarbeitung der Leitlinien in seine Fraktion einzubringen und an den Landtag zu stellen. Dazu sollten 4-5 Schwerpunkten aus Sicht vom ENSA (Antrag nach Bundestagswahl, evtl. Antwort im Oktober) formuliert werden. Aus seiner Sicht bestehen dazu Erfolgschancen.

Ein Runder Tisch Entwicklungspolitik und SDG für Gesellschaft, Regierung und andere Vertreter wird benötigt, dieser sollte durch das MW koordiniert werden. Es wird angeregt, dass das ENSA in einem Schreiben die Landesregierung zur Einladung eines Runden Tisches auffordert.

Auch an dieser Stelle wird die Befürchtung deutlich, dass ein Runder Tisch mit verschiedenen Akteuren schwierig wird, weil diese jeweils ein unterschiedliches Verständnis von Nachhaltigkeit haben.

Es wird positiv an den Runden Tisch in der UN-Dekade bis 2015 erinnert, der erfolgreich sich erfolgreich für Austausch, Vernetzung, Dialoge und Bearbeitung von Themen eingesetzt hat.

Catrin Gutowsky begrüßt die Überarbeitung der entwicklungspolitischen Leitlinien besonders vor dem Hintergrund der SDG (Soll). Im Nachgang können diese in die Nachhaltigkeitsstrategie eingebettet und als Gesamtkonzept verstanden und umgesetzt werden.

Das Vorankommen im Prozess der Überarbeitung der Leitlinien ist derzeit ins Stocken geraten. Druck und Aufrufe durch Zivilgesellschaft können hier beschleunigend und unterstützend wirken.

Auch hier wird die Anmerkung der notwendigen Anpassung der Bildungsarbeit gemacht, da aktuelle Themen und Prozesse in den Schulen sehr unterbelichtet sind.

Vom Land sollten Mittel für die Überarbeitung der Leitlinien zur Verfügung gestellt werden. Die Kosten sollten nicht beim Landesnetzwerk landen.

Als Resümee wird dem Netzwerk die Anregung gegeben, eine Pressemitteilung am 01.06.2017 mit Ankündigung für den Runden Tisch herauszugeben und den Antrag beim Landtag auf die Überarbeitung der entwicklungspolitischen Leitlinien zu stellen.

Podiumsdiskussion

„Viele Nummern – Ein Anschluss! Entwicklungspolitische Leitlinien in Sachsen-Anhalt – Wie weiter?“

Im Anschluss an die Workshops werden die Ergebnisse dem Plenum vorgestellt. In der Podiumsdiskussion äußern sich VertreterInnen der Landesverwaltung zu ihrem Verantwortungsbereichen und beantworten Fragen aus dem Publikum.

Zusammenfassung der Ergebnisse aus den Workshops:

Workshop 1: „Müll, Recycling, Neukauf – Was sollten „neue“ Inhalte der Leitlinien in Sachsen-Anhalt sein?“

- Aktualisierung!
- Gemeinsam mit Nachhaltigkeitsstrategien von Land und Bund und Weltaktionsplan andenken
- Fokuspunkte: Ernährung und Landwirtschaft, Zivilgesellschaft und Partizipation, Bildung (lebenslanges Lernen), faire Beschaffung und CSR, nachhaltiges Wirtschaften mit Wachstumskritik (Energie, Mobilität)

Workshop 2: „Neue Baustelle SDG! Fortentwicklung der entwicklungspolitischen Leitlinien in Sachsen-Anhalt“

Es gibt noch kein politisches Mandat

- Was kann also zivilgesellschaftlich getan werden, um diese anzupassen?
 - Know-how/Expertise
 - Kommunikation und Sensibilisierung der Gesellschaft
 - Vernetzung der Akteure
 - Forderung an die Politik
 - Umsetzung der entwicklungspolitische Leitlinien (z.B. durch ehrenamtliches Engagement)
- Aufgaben: Vernetzung und Stakeholder-Treffen, Monitoring, Lobbyismus, Öffentlichkeit schaffen und nutzen

Workshop 3: „Ein Anschluss – Viele Nummern! - Entwicklungspolitik als Querschnittsaufgabe“

- In der Landesregierung passiert derzeit nicht viel
- Deshalb im Anschluss an die Konferenz: Pressemitteilung mit der Bitte die Leitlinien zu überarbeiten und im gleichen Atemzug eine Runden Tisch wieder ins Leben zu rufen
- Runder Tisch: Entwicklungspolitik und Agenda 2030
- Nach Bundestagswahl wird DIE LINKE. (Wulf Gallert) einen Antrag im Landtag zu Überarbeitung der Leitlinien stellen.

Moderation: Ralf Griese

TeilnehmerInnen:

Prof. Dr. Claudia Dalbert - *Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie des Landes Sachsen-Anhalt*

Dr. Hans-Joachim Döring - *EINE WELT Netzwerk SA / Beauftragter für den kirchlichen Entwicklungsdienst EKM*

Dr. Siegfried Eisenmann - *Direktor Landesinstitut für Schulqualität und Lehrbildung Sachsen-Anhalt*

Thomas Wunsch - *Staatssekretär Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung des Landes Sachsen-Anhalt*

Die TeilnehmerInnen der Podiumsdiskussion äußern sich zu den vorangegangenen Präsentationen der Workshopergebnisse.

Prof. Dr. Dalbert merkt an, dass es nicht ganz richtig ist, dass die Landesregierung nichts macht. Zur Nachhaltigkeitsstrategie Sachsen-Anhalt von 2011 gibt es einen Indikatorenbericht. Außerdem wird die Nachhaltigkeitsstrategie derzeit überarbeitet.

Thomas Wunsch sieht in der Kommunikation innerhalb der Ressorts ein großes Problem. Die Überarbeitung der Leitlinien soll zur Jahresmitte beginnen. Die Finanzierung und personellen Ressourcen dazu sind noch nicht geklärt.

Dr. Eisenmann hält die Einrichtung eines Runden Tisches für sinnvoll und hat Interesse an der Teilnahme. Wichtig seien die Schulen als Teil der Zivilgesellschaft. Dort habe das Globale Lernen bereits eine hohe Priorität.

Dr. Döring betont die Notwendigkeit der Fortentwicklung der Leitlinien für Entwicklungspolitik. Deren Inhalte seien zum Zeitpunkt des Entstehens sehr fortschrittlich gewesen, sind aber jetzt veraltet. Die Verbindung von Zivilgesellschaft mit den Schulen sei sehr wichtig. In der Bildungsarbeit sollte nicht nur informiert werden, sondern die Arbeit der Nichtregierungsorganisationen eingebaut werden. Die Arbeit in Projekten ist dazu sehr gut geeignet.

Thomas Wunsch äußert sich zur Frage, wer an der Überarbeitung der Leitlinien beteiligt sein soll. Ein Dialog mit Vertretern ist geplant und soll in Form von Workshops und Onlinekonsultationen stattfinden. Die Ergebnisse werden dann zusammengeführt.

Prof. Dr. Dalbert spricht europäische Programme an, mit denen Ansätze zur Bildungsarbeit entwickelt und umgesetzt werden können. Bildungsarbeit ist eine Kostenfrage. Die Beteiligung der Zivilgesellschaft daran ist sehr wichtig für die Ideengenerierung am Anfang und die Diskussion nach der Erarbeitung. Die Verantwortung sollte dennoch bei den Ministerien liegen.

Dr. Eisenmann merkt an, dass Lehrer nicht unbedingt sehr interessiert am Globalen Lernen seien. Lehrkräfte haben Freiheiten bei der Unterrichtsgestaltung. Es gibt Niveau-bestimmte Aufgaben z.B. Pro- und Kontra-Listen, Beschwerden von Eltern für strittige Themen und Fragen. Lehrkräfte sind vielleicht in 10 Jahren besser auf Nachhaltigkeitsthemen geeicht.

Dazu sagt Dr. Döring, dass das menschliche Handeln zu Umweltkonsequenzen geführt hat.

Lehrer sollten Spaß an der Projektarbeit haben und mit NGOs zusammenarbeiten, um Erfahrungswerte und Personen einzubeziehen, die sich mit den Themen schon lange beschäftigt haben bzw. auch selbst in südlichen Ländern gewesen sind. Das Globale Lernen verfolgt einen methodisch vielfältigen und interaktiven Ansatz. Die Initiierung von Reisen in südliche Länder für Schüler ist ebenfalls sehr sinnvoll.

Auf die Fragen: Wie findet öffentliche Beschaffung statt? Wie findet die Mittelvergabe statt? Antwortet Thomas Wunsch, dass das Landesvergabegesetz einer Überprüfung und Modellierung unterzogen werden soll. Das Ministerium ist in diesem Zusammenhang offen für Inputs. Aus Sicht der Wirtschaft war es fast ein Gesetz zu viel, für Verwaltung und diejenigen, die einbezogen wurden, war es noch nicht genug. Deshalb besteht Handlungsbedarf aufgrund von unterschiedlichen Resonanzen.

Die Diskussion wird für das Publikum geöffnet:

Wer übernimmt wie viel Verantwortung? Prof. Dr. Dalbert beantwortet die Frage aus dem Publikum. Es geht um ein Querdenken. Das Format der Zivilbeteiligung sei noch zu klären. Generell aber sollte die Arbeit bei den Ministerien liegen. Nur, weil Dinge im Ministerium noch nicht nachhaltig gemacht werden, heißt das nicht, dass es nicht gemacht werden möchte. Eine Konsensfindung bei den Entscheidungsträgern ist sehr schwierig und langwierig.

Dr. Eisenmann spricht sich dafür aus, erst das nötige Wissen zu schaffen und dann anhand von entsprechenden Materialien die Diskussion anzugehen. Entwicklungspolitische und nachhaltige Themen müssen erst behandelt werden und dann zur Diskussion gestellt werden. Eine gemeinsame Grundlage und Bildung sind nötig. Das Gleiche gilt auch für den Bereich der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung.

Thomas Wunsch verweist darauf, dass nicht nur Leitlinien betrachtet werden, sondern auch das verfügbare Budget. Es werden nicht immer die günstigsten, sondern die wirtschaftlich nachhaltigsten Projekte gefördert. Die politische Mehrheit im Landtag und die Höhe des Haushaltes sind maßgebend.

Dr. Döring sieht es so, den Fokus auf Leitlinien mit finanzieller Tragfähigkeit zu legen.

Ein Umstieg als Industrienation z.B. in Bezug auf Energie zeigt ein gutes Bild für Nachzügler im Süden. NRO, die in südlichen Ländern agieren, müssen in die Erstellung der Leitlinien einbezogen werden.

Fazit und Ausblick des EINE WELT Netzwerkes Sachsen-Anhalt

Die entwicklungspolitische Konferenz „Weltbaustellen“ am 31. Mai 2017 bildete den bisherigen Höhepunkt der Aktivitäten des Netzwerkes in seinem Jubiläumsjahr 2017. Ein Schwerpunkt der letzten beiden Jahre des ENSA ist, die Weiterentwicklung der Leitlinien für Entwicklungspolitik des Landes auf den Weg zu bringen. Es braucht einen Beschluss des Landtages, der die Verwaltung mit der Überarbeitung der Leitlinien von 2000 beauftragt. Bei der Umsetzung der Leitlinien fordern wir die aktive Beteiligung der einzelnen Ressorts sowie die Unterstützung der Zivilgesellschaft in ihrer entwicklungspolitischen Arbeit.

Politikkohärenz, Nachhaltigkeit, Landesprogramme, Abstimmung und Kooperation sind wichtige Schlagworte, die künftig im Land Sachsen-Anhalt wesentlich mehr Beachtung finden müssen.

Eine sehr gute Grundlage dafür bieten die 2015 verabschiedeten Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDG) der UN, die erstmals eine Mitverantwortung der Industrienationen bei der großen Transformation beinhalten. Die SDG müssen deshalb Bestandteil der Leitlinien werden.

In diesem Sinne hat die Konferenz den Dialog zwischen Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft des Landes angestoßen. Erste Ergebnisse sind dokumentiert und Verabredungen getroffen. Darauf aufbauend fordert das ENSA die Einrichtung eines Runden Tisches Entwicklungspolitik im Land unter Einbezug der NGOs. Eine erste Sammlung von Inhalten als Grundlage ist gemeinsam dafür erarbeitet worden.

Wir werden uns aktiv in diesem Prozess engagieren und blicken in diesem Sinne auf einen nächsten Meilenstein: Am 28.09.2017 findet der nächste Parlamentarische Dialog statt, zu dem das EINE WELT Netzwerk wieder die Politik des Landes sowie alle interessierten zivilgesellschaftlichen AkteurInnen herzlich einlädt.

Christiane Christoph
Gesamtkoordination

EINE WELT Netzwerk Sachsen-Anhalt e.V.

Johannisstr. 18 | 06844 Dessau-Roßlau

Telefon: 0340-230 11 22

Internet: www.ewnsa.de

Christiane Christoph

Gesamtkoordination

E-Mail: ewnsa@web.de



Lisa Marquardt

Eine Welt - Fachpromotorin Wirtschaft & Entwicklung / CSR

E-Mail: lisa.marquardt@ewnsa.de

Internet: www.ewnsa.de/promotorin-fuer-wirtschaft-und-entwicklung/

Die Veranstaltung wurde gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL im Auftrag des



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung



SACHSEN-ANHALT

Ministerium für Wirtschaft,
Wissenschaft und Digitalisierung